

Pressemitteilung

GKV-Spargesetz: Schwerwiegende Fehlsteuerung für Patienten mit chronischen Schmerzen

Berlin, 10. Juni 2026. Das geplante GKV-Spargesetz trifft auch die ambulante Schmerzmedizin. „Die Folgen einer durch das GKV-Spargesetz geplanten wirtschaftlichen Schwächung der ambulanten Schmerzmedizin wären absehbar: längere Wartezeiten, weniger verfügbare Behandlungsplätze, weniger Zeit pro Patienten, Rückzug von Praxen aus besonders aufwendigen Versorgungsformen und weitere Verschärfung des Fachkräftemangels“, erklärte der Berufsverband der Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten in der Schmerz- und Palliativmedizin in Deutschland e.V. (BVSD) in seiner heutigen Stellungnahme. Betroffen seien insbesondere Menschen mit neuropathischen Schmerzen, komplexen Rückenschmerzsyndromen, Tumorschmerzen, CRPS, schweren Kopfschmerzkrankungen und mit multimorbiden chronischen Schmerzkrankungen, so Prof. Dr. Dr. Joachim Nadstawek, BVSD-Vorsitzender. Und weiter: „Wer die Finanzierung zeitintensiver Medizin begrenzt, begrenzt zwangsläufig die Versorgung“.

Der BVSD forderte die politisch Verantwortlichen zu Veränderungen am GKV-Spargesetz auf, um eine drohende schwerwiegende Fehlsteuerung für Patienten mit chronischen Schmerzen zu verhindern.

Außerdem fordert der BVSD:

1. Die Anerkennung der spezialisierten Schmerzmedizin als versorgungsrelevanten Bereich mit besonderem Schutzstatus als besonders förderungswürdige Leistung.
2. Ausnahmen von pauschalen Budgetbegrenzungen für zeitintensive und interdisziplinäre schmerzmedizinische Leistungen.
3. Eine gezielte Förderung der Weiterbildung in der Speziellen Schmerztherapie.
4. Eine nachhaltige Finanzierung multimodaler und interdisziplinärer Versorgungsstrukturen.
5. Eine Folgenabschätzung des Gesetzes für die Versorgung chronisch Schmerzkranker vor Verabschiedung des Gesetzes.

Nadstawek: „Deutschland leidet an einem Mangel an Schmerzmedizin. Wer die Finanzierung spezialisierter Schmerzversorgung weiter begrenzt, gefährdet die Behandlung von Millionen Menschen mit chronischen Schmerzen.“

Chronische Schmerzen zählen in Deutschland zu den häufigsten gesundheitlichen Beeinträchtigungen und stellen eine erhebliche Herausforderung für das Gesundheitssystem dar. Schätzungen zufolge sind 10–20 % der Bevölkerung (ca. 8–16 Millionen Menschen) betroffen. Bei den Betroffenen führen chronische Schmerzen oftmals zu sozialem Rückzug sowie körperlicher Inaktivität und gehen mit einem dysfunktionalen Muster der Schmerzbewältigung einher. Allein chronische Rückenschmerzen verursachen in Deutschland jährliche Kosten in Höhe von schätzungsweise 38 Mrd. Euro, wovon ca. 10 Mrd. Euro auf direkte Behandlungskosten entfallen. Chronische Schmerzen zählen zu den führenden Ursachen für Arbeitsunfähigkeit und verursachen erhebliche indirekte Kosten, insbesondere durch Krankengeld, Arbeitsausfall und Frühberentung.

Weiterführende Informationen:

BVSD-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)

Pressekontakt: Wolfgang Straßmeir, Tel. 030 / 2 88 67 260, ws@bvsd.de